

Kühner(t) Kevin mischt die SPD auf



Kühnert schläft laut seinem Pressesprecher derzeit nur 4 bis 5 Stunden pro Nacht. (Foto: dpe)

Wie kein anderer Juso-Vorsitzender in den vergangenen Jahren ist Kevin Kühnert in den medialen Fokus gerückt. Er ist das Gesicht einer Kampagne in der SPD, die die Große Koalition ablehnt. Ausgerüstet mit einer 20-Stunden-Stelle und einem Pressesprecher machte der Soziologiestudent und Kommunalpolitiker aus Berlin auf seiner #NoGroKo-Tour durch die Bundesrepublik auch in Duisburg halt.

Selten hatten die Jungsozialist*innen so viel Einfluss auf eine parteiinterne Diskussion, dass sogar dem SPD-Vorstand die Beine vor der kommenden Abstimmung an der Basis der Sozialdemokrat*innen zittern. Am Freitagabend, 16. Februar, luden die NRW-Jusos die SPD-Basis zur Diskussion ein. Gekommen waren nicht nur die SPD-Mitglieder, die es zu überzeugen gilt. 73 Prozent der rund 450.000 SPD-Mitglieder sind über 50 Jahre alt, 42 Prozent sind im öffentlichen Dienst tätig. Von den 500 Menschen, die an der Veranstaltung teilnahmen, dürften wenige zu diesem Parteikern gehört haben. Dafür lockte Kevin Kühnert vor allem junge Menschen, aus verschiedenen politischen Lagern, in die Duisburger Mercator-Halle.

Derzeit ist er allgegenwärtig, gibt unzählige Interviews. Als Kühnert in die Halle kommt, wartet die versammelte Presse auf ihn. Ob Fragen zur Personaldebatte in der SPD, zu Merkels Kanzlerinnenschaft, zum Koalitionsvertrag oder zu seiner Person selbst. Kühnert wirkt routiniert, beinahe souverän, handelt alle Fragen im 10 Minuten-Takt ab, macht ein Foto mit den NRW-Jusos und

schreitet unter donnerndem Applaus in den Saal. Im Raum schwebt ein diffuses Gefühl von Hoffnung, ganz besonders bei der politischen Linken, wie Student Magnus feststellt. „Vor zwei Jahren bin ich in die Linkspartei eingetreten“, sagt er. „Und dann hast du gemerkt, dass du in NRW wohnst?“, frage ich. „Genau“, antwortet Magnus enttäuscht. Vor allem von Sahra Wagenknecht und ähnlichen in NRW aktiven Linken-Politiker*innen hielte er gar nichts, erklärt er.

Haltungen, die belohnt werden

Nachdem Kühnert dazu aufrief, in die SPD einzutreten, um eine Große Koalition zu verhindern und die SPD zu erneuern, entschied sich Magnus für einen Parteiwechsel. „Ich habe am Tag, als ich der Linken meinen Austritt mitgeteilt habe, online den SPD-Mitgliedsantrag ausgefüllt“, sagt er. Magnus sieht sich als progressiv. Kapitalismus, Arbeit, Diskriminierung, Klimawandel, Digitalisierung, Minderheitenrechte, Migration, Pflege, Wohnen – solche Themen beschäftigen den 32-Jährigen täglich, auch in seinem Alltag. Genauso wie Kevin Kühnert also. Folglich applaudiert Magnus für viele Aussagen Kühnerts, etwa als er erklärt, warum junge Menschen einen starken politischen Verdruss spüren: „Ihre Zukunft, die eigentlich politisch verhandelt werden soll, die wird gar nicht verhandelt, sondern aufgeschoben und der nächsten Generation vor die Füße geschmissen“, sagt der Jungsozialist mit Blick auf den Koalitionsvertrag. Fast 1.000 Mal stehe im Vertrag das Wort „wollen“. Das drücke zwar einen politischen Willen aus, eine Lösung und Finanzierung dieses Willens sei in dem Koalitionsvertrag aber meist genau dann nicht zu finden.

Magnus findet, die SPD müsse Menschen wie ihn abholen, „dafür ist die Partei gegründet worden“, sagt er. Viele der wesentlichen Parteiziele seien wichtig, etwa die Befristung von Arbeitsverträgen abzuschaffen, um Menschen mehr soziale Sicherheit zu gewährleisten. Durch den Koalitionsvertrag, so rechnen GroKo-Befürworter wie SPD-Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber vor, könnten 400.000 Menschen in Zukunft einer Befristung entgehen. Kühnert hingegen sieht das kritisch: „Es gibt große Befürchtungen – ich habe dazu mit Gewerkschaftsjugendlichen gesprochen – dass auf Werksverträge, Schein-

Ohne Grundlage



Ausländische Studierende müssen ihre Bewerbung zur Vorprüfung an Uni Assis schicken. Eine rechtliche Grundlage gibt es nicht. Mehr dazu auf den Seiten 4 – 5.

Mit Schwächen



Lohnt sich der ARD-Film *Aufbruch ins Ungewisse*? Wir haben ihn uns angeschaut. Alles dazu auf Seite 7.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook finder ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

selbstständigkeit oder eine Sachgrundbefristung ausgewichen wird. Ob die 400.000 am Ende wirklich profitieren, dahinter steht ein Fragezeichen.“ Als der Juso-Vorsitzende zur Pointe ansetzt, hat er Magnus Zustimmung längst gewonnen.

Außerdem treibt die beiden das Thema Flucht um. Vielen Anwesenden im Mercator-Saal ist eine humane Flüchtlingspolitik wichtig. Besonders als Kühnert ausführt, dass die Partei Haltung zeigen müsse, brandet im Saal Applaus auf. Der aktuell sagt Kühnert nach der Veranstaltung: „Das ist für mich eine Frage von Grundwerten. Die definiert man nicht danach, wie gerade die gesellschaftliche Stimmung ist. Mir ist vollkommen klar, dass beim Thema Flüchtlingspolitik diese Hegemonie nicht darin besteht, dass die Leute sagen ‚Refugees Welcome‘. Hier muss man aber um Mehrheiten, um gesellschaftliche Hegemonie kämpfen“, meint der Jungsozialist. Ob Magnus demnächst aktiv in der SPD mitmischen wird, wusste er am Ende der Veranstaltung zwar nicht, Kühnerts Aussagen haben ihm wenigstens jedoch Hoffnung auf eine progressive Politik in Deutschland gemacht. [dpe]

Genderneutrale Toiletten - Schutzräume für alle

Kommentar

Freiheit gibt es nur ohne Fahrschein

von Dennis Pesch

Weil die EU in Erwägung zieht, Deutschland wegen der schlechten Werte bei den Stickoxiden in Großstädten zu verklagen, überlegt die Bundesregierung nun in einigen Städten Pilotprojekte für einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durchzuführen. Zwei Städte, die dabei zur Auswahl stehen, sind Essen und Bonn. Das klingt mal nach einer guten Sache. Viel zu viele Menschen werden vom ÖPNV ausgeschlossen, denn – surprise, surprise – er ist viel zu teuer.

Stellen wir uns vor, die Bundesrepublik hätte so manche Millionen in die fahrscheinlose Mobilität investiert. Es gäbe einen ÖPNV vom Dorf in die Stadt und zurück, der für alle zugänglich und massiv ausgebaut würde. Was wäre dann los? Eigentlich nichts, denn damit wäre vielen Menschen geholfen und niemandem würde etwas weggenommen. Spätestens seit der Diskussion um die Streichung des Sozialtickets, auf das in NRW mehrere hunderttausend Menschen Anspruch haben, ist zudem klar: Mobilität ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Das sieht man auch daran, dass es viele Studierende in NRW gibt, die sich nur für ein Ticket in diverse Studiengänge einschreiben. Die Konsequenz daraus ist, dass es mehr Studierende gibt, mehr Plätze an Universitäten braucht und eine politische und soziale Frage damit unbeantwortet bleibt, die auf Unis und einzelne Haushaltsposten im Land abgewälzt wird. Das offenbart, dass es hier ein Willensproblem gibt, insbesondere von einer selbsternannten politischen Mitte.

Wie sollen individuelle Freiheiten gewährleistet werden, ohne dass es die notwendigen politisch geschaffenen Voraussetzungen dafür gibt? Wo Individuen sich als Konkurrenz sehen, kann eine Gesellschaft keine Solidarität formen. Die Menschen grenzen sich voneinander ab, im schlimmsten Fall entladen sich hier als vermeintliche Lösung Ressentiments. Die Mobilitätsfrage kann davon nicht ausgenommen werden. Wenn es den politischen Willen gibt, einen fahrscheinlosen ÖPNV zu realisieren, dann wären mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Weniger Menschen im Knast, mehr Plätze für Studierende, Mobilität für alle und weniger Tote durch eine von Stickoxiden hoch belastete Luft. Wer eine politische Lösung für ein bekanntes Problem sucht: sie liegt gerade auf dem Präsentierteller. Hoffentlich traut sich jemand zuzugreifen.



Unisex-Toiletten: Vertreter*innen der Stzduerendenschaft plädieren für eine Einführung an der UDE. (Foto: caro)

An der Universität Bielefeld soll es genderneutrale Toiletten ab dem nächsten Semester geben. An der Universität Duisburg-Essen (UDE) sieht die Situation anders aus. Die hochschulpolitische Liste Antihelden wollte allerdings schon vor knapp einem Jahr aufgrund des Missstandes Druck machen. Eine vermeintlich vorübergehende Unisex-Toilette des Studierendenwerks Essen-Duisburg entpuppte sich hingegen als Scherz.

Am 6. Februar freute sich der Allgemeine Studierendenausschuss (ASa) auf Facebook über eine genderneutrale Toilette des Studierendenwerks im Mensafoyer in Duisburg. Fotos mit entsprechenden Hinweisschildern und Studiwerk-Logo ließen keine Zweifel. Und doch: „Hier hat sich jemand einen kleinen Scherz erlaubt“, erklärt Johanne Peito, Leiterin für Kommunikation und Kultur des Studierendenwerks. Das Schild sei nicht von ihnen angebracht worden. Für die derzeit defekte Damentoilette habe man stattdessen Container aufgestellt, bis der Bau- und Liegenschaftsbetrieb die Schäden behoben habe. „Genderneutrale Toiletten sind für uns derzeit kein Thema“, führt Peito fort. Nachfragen hierzu lägen ihnen zurzeit nicht vor.

Ein zusätzliches Angebot von Unisex-Toiletten wird indes von den Antihelden gefordert. Bisher werden Studierende, die sich nicht im binären Geschlechtermodell wiederfinden können, gezwungen, sich bei der Toilettennutzung trotzdem in dieses einzuordnen. „Dies und die Gewährleistung seelischer und physischer Sicherheit unserer Studierenden hat uns dazu bewegt, aktiv zu werden“, erklärt Constanze Becker von den Antihelden und fügt hinzu: „Auch wenn geschlechtsspezifische Toiletten Schutzräume darstellen können, sind auch nicht-geschlechtsspezifische Toiletten als solche zu sehen.“

Für die Umsetzung eines ergänzenden Toilettenangebots setzen die Antihelden auf mindestens einen geschlechtsneutralen Toilettenraum je Universitätsbereich. Hierbei sollten alle Standorte berücksichtigt werden. In den meisten Fällen sehe man hierin kein Problem: „Beispielsweise durch die Umdeklarierung bestehender Toilettenräume, könnte dieses Angebot durch eine geringfügige Reduktion der Anzahl geschlechtsspezifischer Toilet-

ten geschaffen werden“, führt Becker aus. Dort wo auch jetzt schon ein Mangel an Toiletten bestünde, „könnte dies natürlich ein Problem darstellen – oder neue Möglichkeiten eröffnen, da beispielsweise nicht mehr die Etage gewechselt werden muss, um die Toilette aufzusuchen“, so Becker weiter.

Die Umsetzungspläne werden von Seiten der UDE anders eingeschätzt. Beate Kostka, Pressesprecherin der UDE, berichtet gegenüber der aktuell, genderneutrale Toiletten würden „bereits im Dezernat Gebäudemanagement diskutiert“, eine Umsetzung erfordere aber höchstwahrscheinlich Neubauten, „wenn dem keine baurechtlichen Vorschriften entgegen stehen sollten“. Wann es hier zu einer Entscheidung kommen werde, lässt Kostka jedoch offen.

Eine fehlende Unterschrift

In einem offenen Brief der Antihelden an das Rektorat und die Hochschulangehörigen heißt es: „Mit unserem Anliegen wollen wir nicht nur die Gleichstellung aller Geschlechter vorantreiben, sondern auch die gesellschaftliche Verantwortung der Universität wahrnehmen, ein offenes und tolerantes Miteinander aller Menschen zu fördern.“ Verwiesen wird mitunter auf die Reaktionen anderer Studierender, die von nonverbalen, verbalen bis hin zu tätlichen Angriffen reichen können“. Diesem Verhalten wolle man durch Unisex-Toiletten angemessen begegnen. Veröffentlicht wurde dieser Brief allerdings noch nicht.

Man habe sich durch entsprechende Beschlüsse die Unterstützung aller studentischen Gremien eingeholt. „Um diese auch nach außen deutlich zu machen sollte er vor der Veröffentlichung entsprechend unterzeichnet werden“, erklärt Becker. Die Unterschrift des Präsidiums des Studierendenparlaments fehle aber noch immer. „Auf Nachfragen unsererseits wurden wir vertröstet und uns wurde gesagt, man müsse noch einmal in die Beschlüsse schauen. Dies scheint dem Präsidium bis heute nicht möglich gewesen zu sein“, zeigen sich die Antihelden enttäuscht. Laut Präsidiumsmitglied Fabian Franken (Grüne Hochschulgruppe) sei dies zunächst auf eine fehlende rechtliche Grundlage zurückzuführen gewesen. Später sei der unterschriebene Brief im Büro des Studierendenparlaments verlorengegangen. [caro]

Eine Maschine für 70 Studierende

Nicht alle haben den Luxus einer eigenen Waschmaschine, die meisten Studierenden teilen sich eine mit ihren WG-Mitbewohner*innen. Wer hingegen in einem Wohnheim des Studierendenwerks Duisburg-Essen wohnt, kann sich auf längere Wartezeiten im Waschkeller einstellen. Studierende bemängeln auch, dass sie beim Internet Abstriche machen oder draufzahlen müssen. Die Beschwerden stoßen bislang auf taube Ohren seitens des Studierendenwerks.

Omid Akhavas studiert an der Universität Duisburg-Essen (UDE), seit 2014 lebt er im Studierendenwohnheim auf der Margarethenhöhe in Essen. Vergangenen Dienstag, 14. Februar, teilte er einen Beitrag in einer Uni-Facebookgruppe, mit dem er auf Missstände aufmerksam machte: „Drei Waschmaschinen für über 165 Bewohner und sie sind die ganze Zeit kaputt!“ Die Maschinen würden zwar immer wieder von einer dafür beauftragten Firma repariert werden, trotzdem würden aber immer nur zwei Maschinen gleichzeitig funktionieren. Eine Waschmaschine kommt somit auf über 80 potentielle Nutzer*innen und das überschreitet die vom Studierendenwerk festgelegten Zahlen.

„Die Anzahl der Waschmaschinen basiert auf allgemeingültigen Erfahrungswerten, die von Waschcentern und Maschinenanbietern vorgegeben und von uns bestätigt werden können – eine Maschine pro 70 Bewohner/innen“, erläutert Johanne Peito vom Studierendenwerk. Omids Erfahrungen widersprechen diesen Zahlen: „Ich weiß nicht, wie das Studentenwerk auf die Berechnung kommt, aber ich kann sicher sagen, das findet niemand hier okay.“

Studierende fühlen sich diskriminiert

„Die Margarethenhöhe ist das Wohnheim, wo die meisten ausländische Studenten wohnen. Und die trauen sich kaum – auch wegen der Sprache – sich schriftlich zu beschweren oder persönlich zum Studierendenwerk zu gehen, um die Sachen zu klären“, erzählt Omid. Er fühlt sich benachteiligt: „Auf jeden Fall habe ich das Gefühl, dass die ausländischen Studenten einfach keine Stimme haben, man hört ihnen nicht richtig zu und wir werden im Endeffekt anders behandelt.“

Das Problem bestehe schon seit Längerem: „Wir hatten früher andere Waschmaschinen. Die haben auch zum Teil gut funktioniert, aber man hat sich darüber beschwert, dass sie immer besetzt sind und die Anzahl im Vergleich zu den Bewohnern zu gering ist.“ Vor einiger Zeit hätten sich viele Studierende einzeln über die Situation beschwert. Ein Antwortschreiben vom Studierendenwerk, wie die aktuell es auf Anfrage bekam, hätte er etwa in der Form nie erhalten. Omid schreibt zurzeit seine Masterarbeit und wird bald ausziehen, „aber ich will einmal eine vernünftige Antwort haben, warum es bei diesem Wohnheim so läuft. Für die Anderen, die hier bleiben, oder die Nachkommenden!“ Internationale Studierende

seien jedoch nicht nur im Kontakt zum Studierendenwerk vor größere Hürden gestellt, die Waschproblematik trifft sie auch härter: „Die Studenten, die eine andere Möglichkeit haben – wie unsere Freunde aus Deutschland, deren Familien hier in der Nähe wohnen oder die ab und zu am Wochenende zur Familie fahren und sie besuchen – benutzen die Waschmaschinen hier einfach nicht, damit sie keine Kopfschmerzen mit der Sache haben.“

Seitdem die alten Waschmaschinen ersetzt wurden, haben die Probleme der Studierenden zugenommen. „Die neuen sind mit einem Dosierer für Waschpulver ausgestattet, und fast jeder benutzt eigene Waschmittel dazu, da sie nicht richtig putzen und die Wäsche oft stinkt“, erzählt Omid. Zudem kritisiert er eine Preiserhöhung von satten 70 Prozent für einen kompletten Waschgang inklusive Waschmittel – „von 1,50 Euro auf 2,60 Euro – für Waschpulver, das niemand will.“ Das Studierendenwerk lobt hingegen die Funktionalität der Bedienung: „Die Maschinen sind extra einfach und so wenig störanfällig wie möglich für Gemeinschaftswaschanlagen konstruiert. Das Waschmittel wird durch Dosieranlagen mit der korrekten Füllmenge abgegeben. Die Kosten für die Instandhaltung der Abwasserrohre werden dadurch reduziert. So können beispielsweise Rohrverstopfungen vermieden werden, die andernfalls durch eine falsche Dosierung entstehen würden.“ Das Studierendenwerk erkennt die an sie herangetragenen Probleme nicht an, weshalb sich für die Waschsituation in den Studierendenwohnheimen keine Wende abzuzeichnen scheint.

Zähflüssiges Netz

Leon Oude Hengel wohnt seit Dezember 2015 im Wohnheim Auf der Union. Auch dort seien die Waschmaschinen alt und ständig kaputt, der Trockner habe in den zwei Jahren noch nie funktioniert. Ihn stört jedoch auch die Internetsituation. Im Jahr 2018 scheint Internet noch immer ein rares Gut zu sein – zumindest, wenn man in einem Studierendenwohnheim lebt. „Die Netzpolitik des Studentenwerks besagt einfach nur, alle Verant-

wortung an Gigaspeedsurfer abzugeben. Das geht von Wartung der Netze bishin zur Gestaltung der Tarife“, so Leon.

500 GB stehen jedem Studierenden monatlich zu. Der Betreiber hat jedoch ein paar Tricks eingebaut: „Zwischen 0 und 10 Uhr wird das Netzwerk frei zur Verfügung gestellt (ohne Anrechnung an die 500 GB), was zwar sehr fair klingt, aber doch meistens die Zeit ist, wo man schlafen sollte. Zwischen 10 und 18 Uhr ist die Wertung des Traffic einfach. Dies ist aber eher die Zeit, wo ich in der Uni und arbeiten bin. Von 18 bis 24 Uhr wird das genutzte Datenvolumen dann vierfach angerechnet! Und ironischerweise ist dies genau der Zeitpunkt, wo man das Internet am häufigsten braucht.“

Ist das Volumen aufgebraucht, wird die Geschwindigkeit auf 350kBit/s gedrosselt. „Letzten Monat hatte ich nach den ersten zwei Wochen kein Datenvolumen mehr. Ich hatte den Fehler gemacht, das Netzwerk hauptsächlich von 18 bis 0 Uhr zu nutzen. Von den besagten 500 GB hatte ich zu dem Zeitpunkt tatsächlich nur etwa 140 GB verbraucht, dummerweise 115GB in besagter ‚Vierfach-Zeit‘“, erzählt Leon. Die Möglichkeit, einen eigenen Vertrag mit einem selbstgewählten Anbieter abzuschließen haben die Studierenden nicht. Das legt der Vertrag zwischen Studierendenwerk und Gigaspeedsurfer fest.

Leon hat sich darüber bereits beim Studierendenwerk beschwert, jedoch ohne Erfolg: „Bei meinen Bekannten aus dem Wohnheim ist sich jeder vor allem in einem Punkt sicher: Hilfe bekommen wir keine.“ Leon wirft Jörg Albrecht, Sachbearbeiter Wohnen Essen, vor, dass ihm die Beschwerde vollkommen egal sei. „Bei dem ersten Mailkontakt hat Herr Albrecht meine Nachricht nicht mal durchgelesen. Bei dem Wort Internet hat er mich einfach stur an Gigaspeedsurfer weiterleiten wollen.“ Albrecht habe ihm gesagt, „die Privatnutzung des Internets wäre keine hohe Priorität gewesen und es wäre hauptsächlich zu studentischen Zwecken geplant. Wären wir in einer Bibliothek könnte ich das absolut nachvollziehen, aber in einem Wohnheim?!“ [lenz]



Eine Waschmaschine und ein Trockner für 70 Studierende machen das Waschen zur Herausforderung. (Symbolbild: lenz)

Uni Assist: "Mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig"



Ausländische Studierende und Sprachschüler*innen müssen 75 Euro an Uni Assist für die Vorprüfung der Unterlagen zahlen. Eine rechtliche Grundlage gibt es nicht. (Symbolbild: fro)

180 deutsche Universitäten lassen internationale Studienbewerbungen von Uni Assist prüfen. Auch die Universität Duisburg-Essen (UDE) gehört zu ihnen. Dabei gibt es für die Praxis gar keine rechtliche Grundlage. Sprachschüler*innen und Studienbewerber*innen aus Ländern außerhalb der EU kritisieren, dass sie dadurch gravierende Nachteile hätten. Immer wieder reichen Betroffene Klagen gegen die Universität ein.

Ditmira Krasniqi zog vor etwas über einem Jahr aus dem albanischen Tirana nach Essen. Sie möchte hier Betriebswirtschaftslehre studieren. Doch der Weg für ausländische Studierende ist ein schwieriger. Seit einem Jahr besucht sie einen Sprachkurs im Interkulturellen Bildungszentrum in Essen. Die Prüfungen dort hat sie gut bestanden. Um an einer deutschen Universität studieren zu können, muss sie nun noch die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ablegen – und stößt dabei auf Probleme. Denn die Universitäten überlassen dafür eingeschriebenen Studierenden den Vorrang. Prinzipiell besteht für Sprachschüler*innen zwar die Möglichkeit, sich für die Dauer bis zur Deutschen Sprachprüfung einzuschreiben und den Studierendenstatus zu genießen. Als Krasniqi sich Mitte Januar mit dem Hinweis auf den Sprachkurs einschreiben wollte, wies sie das Akademische Auslandsamt der UDE jedoch ab. Ihre Bewerbung solle sie an Uni Assist zur Prüfung einreichen, hieß es.

Seit einigen Jahren müssen ausländische Interessierte, die an der UDE ein Studium beginnen wollen, ihre Bewerbung an Uni Assist richten. 75 Euro veranschlagt der private Verein für die Erstprüfung der eingereichten Unterlagen, bei Zweit- und Mehrfachbewerbungen jeweils weitere 15 Euro. Ab März steigt der Betrag auf 30 Euro. Dass auch nach der ersten Unterlagensichtung eine Gebühr zu zahlen ist, sei

nötig, meint Martin Knechtges von Uni Assist. Die Bewerbungsanforderungen der Hochschulen würden von Universität zu Universität, von Herkunftsland zu Herkunftsland aber auch von Studiengang zu Studiengang unterschiedlich sein. Gewinn mache Uni Assist jedoch nicht – der Verein sei eine Non-Profit-Organisation, betont er: „Uni Assist erhebt ein kostendeckendes Entgelt für die Vorprüfungsleistungen.“ Für den Service müssen die insgesamt 180 Universitäten und Fachhochschulen derweil keine Kosten tragen.

Viele finanzielle Nachteile

Ausländische Studienbewerber*innen und Sprachschüler*innen stehen vor einem großen Kostenberg. Krasniqi hatte Glück, dass sie gute Noten in ihrer Matura vorweisen konnte und daher kein Studienkolleg besuchen musste, die die Gleichwertigkeit ausländischer Schulabschlüsse mit dem deutschen Abitur sicherstellen sollen. Denn seitdem das Land Nordrhein-Westfalen die Kosten dafür nicht mehr übernimmt, kann der Besuch mit einigen tausend Euro zu Buche schlagen. Hinzu kommen Kosten für den Besuch einer Sprachschule wie dem Interkulturellen Bildungszentrum, wo die Schüler*innen auf die Deutsche Sprachprüfung vorbereitet werden. Der Studierendenstatus würde für Krasniqi eine finanzielle Entlastung bedeuten. Er bringt nämlich einige Privilegien mit sich, von denen sie derzeit keinen Gebrauch machen kann. „Ich will im Wohnheim leben können und das Studententicket nutzen können“, nennt sie einige Beispiele. Die Miete ihrer Wohnung sei teurer als ein Zimmer im Studierendenwohnheim und für ihr ÖPNV-Ticket zahle sie monatlich 77 Euro – und ist komplett auf das Essener Stadtgebiet beschränkt. Das Semesterticket würde ihr viele Möglichkeiten eröffnen und wäre deutlich günstiger. „Ich habe so viele Hindernisse“, fasst sie ihre Situation zusammen. Über Uni Assist möchte sie sich aber

nicht bewerben – für diese Praxis sehe sie keine Grundlage.

„Nicht alle internationalen Schul- und Studienabschlüsse berechtigen zu einem Studium in Deutschland, deshalb müssen die Zeugnisse im Vorfeld der Bewerbung um einen Studienplatz geprüft werden“, sagt Knechtges. Seit 2006 ist auch die UDE Mitglied des Vereins Uni Assist mit Sitz in Berlin. Die Kooperation ergibt für sie entscheidende Vorteile. Die Vorprüfung durch Uni Assist komme den Hochschulen vor allem aus Kapazitätsgründen entgegen. UDE-Pressesprecherin Beate Kostka führt aus: „Bei Uni Assist ist die fachliche Expertise für die Zeugnisprüfung gebündelt; diese müsste sonst bei den einzelnen Hochschulen zu Lasten der eigentlichen Beratung der ausländischen Studierenden vorgehalten werden.“ Für die Universität sei Uni Assist „ein unverzichtbarer Partner“ für die Vorprüfung ausländischer Bildungsnachweise geworden. Schließlich müsste sich die UDE ansonsten mehr als zehntausend Fällen widmen – von Studierenden aus circa 170 Ländern mit unterschiedlichen Bildungssystemen. „Das eigentliche Zulassungs- und Vergabeverfahren verbleibt selbstverständlich an der Universität“, sagt Kostka.

Keine rechtliche Grundlage

Krasniqi möchte sich gegen die Praxis wehren und sich nicht über Uni Assist fürs Hochschulstudium bewerben. Dafür bestreitet sie gerade den juristischen Weg. Ihr Anwalt Wilhelm Achelpöhlner aus dem westfälischen Münster hat einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung aufgesetzt, der die UDE zur Einschreibung der Sprachschülerin auffordert. Doch die Universität reagierte nicht – obwohl der Anwalt betonte, dass die Anmeldung zur Deutschen Sprachprüfung bis zum 21. Februar beantragt worden sein muss und Krasniqi bis dahin den Studierendenstatus benötigt.

Für Achelpöhlner entbehrt die Praxis, dass ausländische Studienbewerber*innen und Sprachschüler*innen ihre Unterlagen bei dem Verein zur Vorprüfung einreichen müssen, jeder Grundlage: „Eine Verweisung der Antragstellerin [die Sprachschülerin Krasniqi] auf die Stelle Uni Assist e.V. ist mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig.“ Weiter heißt es in dem Antrag, der der aktuell vorliegt: „Weder das Gesetz noch die Immatrikulationsordnung enthalten einen Hinweis darauf, dass die Antragstellerin ihren Anspruch nur geltend machen kann, wenn hier die Hochschulzugangsberechtigung von Uni Assist e.V. geprüft ist.“ An der UDE vermag man einen Hinweis auf die notwendige Bewerbung über den Verein in der Einschreibearbeitung zu erkennen. Paragraph 3 der Einschreibearbeitung verweise auf die Ausländerzulassungsordnung, die wiederum auf Uni Assist verweise, argumentiert Kostka. Doch auch dort ist die Informationslage wenig transparent. In der Ausländerzulassungsordnung steht nämlich, dass das



Viele Studierende reichen klagen gegen die UDE und wollen eine Einschreibung ohne vorherige Prüfung durch den Verein. (Foto: fro)

Zulassungsverfahren für bestimmte Fächer von Uni Assist übernommen werden kann – weder eine Verbindlichkeit noch eine Ausführung der „bestimmten Fächer“ (mit Ausnahme von Medizin) sind dem zu entnehmen. Des Weiteren wird auf die Internetseiten des Akademischen Auslandsamtes der UDE verwiesen. Erst versteckt auf deren Homepage verdichten sich die Informationen über die notwendige Bewerbung über Uni Assist.

Brisant ist vor allem, dass sich die UDE über die ungeklärte Legitimität der Praxis im Klaren ist, obwohl sie schon seit Jahren angewandt wird. „Die Rechtmäßigkeit der derzeitigen Praxis ist noch nicht abschließend gerichtlich geklärt“, so Kostka. Trotzdem werde die UDE weiterhin von ausländischen Studienbewerber*innen und Sprachschüler*innen die Bewerbung via Uni Assist verlangen, damit man die dadurch freien Kapazitäten für die Betreuung der Studierenden verwenden könne. „Die UDE hat daher beim zuständigen Ministerium angeregt, eine Klarstellung in das Hochschulgesetz oder in eine Rechtsverordnung aufzunehmen“, heißt es weiter. Die Debatte wird also demnächst auch auf landespolitischer Ebene geführt. Wie sich das nordrhein-westfälische Ministerium für Kultur und Wissenschaft unter der parteilosen Isabel Pfeiffer-Poensgen dazu positionieren wird, kann noch nicht gesagt werden. Widerstand gegen das System Uni Assist regt sich aber aus der Opposition: Die SPD plant seit längerem eine Kleine Anfrage zu dem Thema.

10.000 Euro Verfahrenskosten für die UDE

Schon mehrfach befand sich die UDE im Rechtsstreit mit Studierenden, die die Vorprüfung durch Uni Assist nicht hinnehmen wollten. Sie empfinden die Praxis als diskriminierend. Inwiefern diese mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz

übereinstimmt, bleibt fraglich. Seitdem Ende 2016 nicht nur Studienbewerber*innen, sondern auch Sprachschüler*innen davon betroffen sind, mehren sich die Auseinandersetzungen mit der Hochschule. Nachdem im Januar vergangenen Jahres mehrere Sprachschüler*innen letztlich doch ins Akademische Auslandsamt zur Einschreibung ohne vorherige Prüfung durch Uni Assist eingeladen worden waren, habe die Universität chinesische Sprachschüler*innen erneut an den Verein verwiesen. Es kam zu einer juristischen Auseinandersetzung: Nachdem das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zunächst der Universität Recht gab, gingen 16 Sprachschüler*innen bis zum Oberverwaltungsgericht Münster. „Das Gericht teilte die Meinung der Sprachschüler, die wiederum vom Akademischen Auslandsamt der UDE zur Einschreibung eingeladen wurden“, sagt Mesut Atik vom Interkulturellen Bildungszentrum. Im Herbst vergangenen Jahres verklagten zehn weitere Sprachschüler*innen die Uni, die ebenfalls eingeschrieben wurden. Eine Änderung in der Einschreibepaxis gab es erst im Herbst. Seitdem können sich chinesische Sprachschüler*innen ohne Umwege über Uni Assist unmittelbar an der Universität bewerben. Dabei attestierte die Akademische Prüfstelle des Kultusreferats der Deutschen Botschaft in Peking den chinesischen Sprachschüler*innen ohnehin bereits eine direkte Hochschulberechtigung.

„Die Schüler hat es sehr viele Nerven gekostet und unserer Universität sehr viel Geld“, erzählt Atik von den Prozessen. Für die UDE bedeuteten die vielen Klagen der Betroffenen finanzielle Einbußen. „Bislang sind daraus Verfahrenskosten von etwa 10.000 Euro entstanden“, bestätigt Pressesprecherin Kostka. In Zukunft werden wohl noch weitere Sprachschüler*innen gegen die Einschreibepaxis vorgehen und Klage erheben, genau wie Krasniqi. [fro]

Bilden!

Fair Trade - die Lösung?



Immer mehr Menschen kaufen Fair Trade-Produkte und immer mehr Discounter nehmen diese in ihr Sortiment auf. Christiane Schnura von der Kampagne für saubere Kleidung und Martin Schüller von TransFair laden zu einer Podiumsdiskussion ein und debattieren, was Fair Trade verspricht und was es hält, wer davon profitiert und welche Perspektiven – auch fernab von Wachstumslogiken – bestehen.

↗ **Mittwoch, 21. Februar, 19 bis 21 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum, Eintritt frei**

Ballern

Semesterausstiegsparty

Da steppt der Bär, da breakdanced das Gnu, da twerked der Pavian: der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften lädt zu einer Semesterausstiegsparty in den glanzvollen AStA-Keller am Campus Duisburg, um die hoffentlich bestandene Klausurenphase in Form eines gemeinschaftlichen Umtrunks standesgemäß zu zelebrieren. Pump ab das Bier!

↗ **Freitag, 27. Februar, ab 19 Uhr, AStA-Keller Duisburg, Eintritt frei**

Blechen

Semesterticket

Wieder neigt sich ein Semester dem Ende zu. Solltet ihr weiterhin in dieser Anstalt schicker Belesenheit verweilen oder die unglaublichen Vorteile des bald nur noch digital erhältlichen Semestertickets oder zahlreicher Vergünstigungen in vollen Zügen genießen wollen, so überweist einen Beitrag in Höhe von 304,62 Euro an die Universität. Davon gehen 196,62 Euro an den VRR, 95 Euro ans Studierendenwerk und 13 Euro an den AStA.

↗ **Bis Freitag, 02. März, im Internet, Eintritt: 304,62 Euro, (10 Euro Knüppelgebühr bei verspäteter Überweisung)**

Zukunftsmusik mit ZeitKonsum



Die Rockstars von morgen? ZeitKonsum wollen nach ganz oben. (Foto: Punkrock Secretary's Pictures)

Sie sind eine waschechte Rockband aus dem Ruhrgebiet - mit allem, was dazu gehört. „Wir sind von allem ein bisschen, aber immer mit Punk dabei“, beschreibt Matthias, Student an der Universität Duisburg-Essen (UDE) und Sänger, die fünfköpfigen Band ZeitKonsum. Über Zukunftspläne, die Balance zwischen Studium beziehungsweise Job und Musik, die Vielseitigkeit der Kreativarbeit und die Message, die die Bandmitglieder vermitteln wollen, haben Matthias und der Gitarrist Nico mit der aktuell gesprochen.

Seit zwei Jahren machen die Jungs nun zusammen Musik. Alle stammen aus der Umgebung – aus Duisburg, Essen, Dinslaken und Recklinghausen. Musikalisch lassen sie sich ungern in eine Schublade stecken. „Die Vielseitigkeit ist etwas, wofür wir uns am meisten Zeit nehmen“, erklärt Matthias. Tatsächlich werden die Bandmitglieder aus den verschiedensten Ecken der Rockmusik beeinflusst. Von Blues Rock, über Country und Metal Core sei alles dabei, bestätigt Nico. Diese verschiedenen Anklänge zeigen sich zum Beispiel in Liedern wie *Zeit wie Gras*. Neben schnellen deutschsprachigen Texten und punkigen temporeichen Gitarrenklängen, sind klare Metalleinflüsse nicht von der Hand zu weisen. Einmal die Woche proben sie für drei Stunden in ihrem Probenraum in Oberhausen.

Außerhalb der Bühne gehen die Jungs ganz bodenständigen Beschäftigungen nach. Matthias studiert Erziehungswissenschaften an der UDE, Nico steckt in seiner Ausbildung zum Krankenpfleger, Gitarrist Patrik lässt sich zum Altenpfleger ausbilden, Drummer Jens verkauft Versicherungen und Bassist Marco ist Fachinformatiker. Die Tätigkeiten als Musiker und die jeweiligen Berufe stehen natürlich häufiger in Konkurrenz zueinander. „Gerade die Spätschichten sind doof für die Proben. Die Doppelbelastung ist aber auch ein Motor für uns“, beschreibt Nico. Auch

Matthias will alles unter einen Hut bekommen. „Ich versuche, beides parallel zu schaffen. Manchmal lasse ich die Uni aber schon etwas schleifen, damit ich mehr Zeit für die Band habe. Da setze ich dann doch Prioritäten“, gesteht er. Das Studium abzubrechen, sei aber keine Option. „Ich brauche den Input. Außerdem bekommt man so oft eine neue Sichtweise auf die Dinge.“ Auch Nico erkennt Vorteile an der Doppelbelastung. „Man ist ganz vorne am Leid und erkennt auch Ursachen“, erklärt er. Für ihn sei die Ausbildung jedoch nur ein Plan B. Der Traum, mit der eigenen Musik Geld zu machen, hat für ihn Vorrang.

Liebe, Denken, Nachhaltigkeit

Besonders wichtig für die Band ist die Botschaft, die ihre Musik vermittelt. Die wichtigsten Themen seien Liebe und Nachhaltigkeit, erzählen Matthias und Nico. Zweiteres bedeute, man solle weiter denken als bis morgen, nicht nur das eigene Leben betreffend, sondern auch in Bezug auf die Menschheit. Laut eigener Aussage sei die Band nicht politisch, sondern humanistisch. „Wir fahren die Erde vor die Wand mit dem Verhalten, das wir momentan an den Tag legen. Dabei müssen wir sie erhalten und das geht nur, wenn wir zusammenhalten“, betont Nico. Die Leute sollten öfter selbst denken und lernen, besser miteinander umzugehen und dass Geld nicht alles sei, fügt Matthias hinzu. Dass Veränderung nicht über Nacht passiert, sei selbstverständlich. „Gesellschaftsforscher sagen, dass eine Revolution 600 Jahre dauert. Aber irgendwann muss man ja anfangen!“, findet er. Das Ziel sei eine anarchistische Gesellschaft. Anarchie bedeute aber nicht, dass es einfach gar keine Regeln gäbe. Vielmehr ginge es darum, eine Gesellschaft zu schaffen, die ohne Regeln auskommt. Eine Gesellschaft also, in der Menschen frei sind und gelernt haben, von allein respektvoll miteinander umzugehen, sagt er, „ein System, das sich selbst abschafft.“

Trotz aller Gesellschaftskritik kommt der Spaß bei *ZeitKonsum* nicht zu kurz. Viele Lieder sind eingängig und tanzbar. Beim Entstehungsprozess seien alle beteiligt, jeder habe Mitspracherecht, berichten die beiden. Meist entstünden zuerst die Texte, dann die Melodie. Matthias habe immer reichlich Material, erzählt Nico. Die anderen Mitglieder könnten aber zu jeder Zeit auch eigene Ideen einbringen. Oft ergänzten sich Ideen, die unabhängig voneinander entstanden sind. „Manchmal spielt einer was an und dann springt Matthias in die Luft und sagt: „Ich habe genau den richtigen Text dazu!“

Der Weg nach oben

In den vergangenen zwei Jahren sei die Band schon gut voran gekommen, stellt der Sänger fest. Das aktuelle Album stecke aber noch in der Vorproduktion. Für die kommenden Jahre hat die Gruppe ehrgeizige Ziele. „Das wichtigste ist, dass die Message rüber kommt und das geht nur im Mainstream. Wir haben schließlich noch einiges vor mit der Welt“, so Matthias. Deshalb sei die Band momentan auf der Suche nach einem Label. Um den Traum von einem Plattenvertrag zu verwirklichen, gehen die fünf Musiker professionell vor. „Wir gehen zu den Labels mit unserer Konzeptmappe und Umsetzungsideen. In der Mappe sind mögliche Cover, Lieder, Albumnamen und Themenvorschläge für kommende Projekte“, beschreibt Matthias.

Zum Konzept gehört auch niemanden auszuschließen. Bei Konzerten seien alle willkommen, betont Nico: „Alle Lebewesen, selbst Steine. Ja, auch Nazis. Ich würde nie „Nazis raus!“ brüllen. Sonst kann ich ja nicht mit denen reden und sie überzeugen. Wir möchten keinen Menschen aufgeben.“ Wie ertragreich eine Diskussion mit Neo-Nazis wäre, ist allerdings fraglich.

Noch gäbe es noch keine konkreten Termine für kommende Konzerte, heißt es von der Band. Es seien aber neue und alte Locations dabei. Bisher stand *ZeitKonsum* sowohl bei kleineren, als auch bei größeren Veranstaltungen auf der Bühne. Das bisher größte Konzert gaben sie Ende Dezember letzten Jahres beim Punk im Pott, dem größten Indoor-Punkfestival Deutschlands, in der Oberhausener Turbinenhalle. „Vor vielen Leuten zu stehen und Party zu machen, ist schon super“, schwärmt Matthias. „Ich mag aber auch die kleinen intimen Konzerte, wo man ganz nah dran ist“, mein Nico.

Ob die Band es einmal bis ganz nach oben schaffen wird, steht noch in den Sternen. Ihre Liebe zum Rhythmus und dass sie ihr Ding inhaltlich so durchziehen, wie sie es für richtig halten, mache sie allerdings nicht nur zu den geborenen Rockstars, sondern auch zu unheimlich guten Liebhabern, heißt es von Seiten der Band. Die Voraussetzungen sind also auf jeden Fall gegeben: bedeutungsvolle Texte, ein Rhythmus, der in die Beine geht und ein Wiedererkennungswert, der nicht zuletzt von Matthias' ungewöhnlicher Frisur herrührt. [seg]

Dystopische Umkehr trifft auf rechte Hetze



An Namibias Küste sucht Familie Schneider nach ihrem Sohn – bis zum Ende des Films *Aufbruch ins Ungewisse* ist nicht klar, ob er überlebt hat (Foto: WDR/Anika Molnár).

Für knapp 90 Minuten war am 14. Februar im deutschen Fernsehen alles umgekehrt: In ganz Europa sind rechte Regime an der Macht, Andersdenkende werden verfolgt und eingesperrt. Viele Europäer*innen fliehen über das Meer nach Afrika, präferiertes Ziel: Südafrika. Der Film *Aufbruch ins Ungewisse* erzählt von dieser Dystopie Ende der 2020er Jahre. Während inhaltliche Schwächen in der WDR-Produktion überwiegen, nutzten Rechte den Film, um über Twitter ihrerseits Hetze zu betreiben. Bis zum 9. März ist der Film noch in der ARD-Mediathek verfügbar.

„Wir müssen hier weg“ – als Jan Schneider (gespielt von Fabian Busch) abends nach Hause kommt, ist er aufgelöst. Eine Platzwunde prangt an seiner Schläfe. Er blutet, sein Blick ist gehetzt. Seine Frau Sarah (Maria Simon), die gerade noch Klassenarbeiten korrigiert hat, schaut ihn entsetzt an. „Was ist passiert?“, fragt sie. „Sarah, ich bin denunziert worden. Ich stehe auf der Liste. Die Verhaftungen gehen heute Nacht noch los“. Das Ehepaar hat nicht viel Zeit zum Überlegen. Kurzerhand wecken sie ihre beiden Kinder, packen das Nötigste zusammen und dann fällt auch schon die Wohnungstür ins Schloss. Von nun an sind sie auf der Flucht. Es ist eine Situation, die laut einer Statistik der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2016 rund 65 Millionen Menschen weltweit betrifft. Circa 22,5 Millionen dieser Menschen sind Geflüchtete, die vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat fliehen.

In dem ARD-Film *Aufbruch ins Ungewisse* erzählt Regisseur Kai Wessel die Fluchtgeschichte von Familie Schneider, die aus einem rechts-totalitären Deutschland fliehen muss. Das demokratische Südafrika verspricht eine bessere, sicherere Zukunft. Doch die Flucht über das Meer wird, wie viel zu oft in den vergangenen Jahren tatsächlich geschehen, zur Katastrophe: Das vollgepackte

Schlauchboot kentert, die Familie strandet ohne den siebenjährigen Sohn Nick an der Küste von Namibia. Die Internationale Organisation für Migration zählte bis zum Dezember 2016 circa 5.362 dokumentierte Fluchttopfer – der Großteil von ihnen ertrank.

Gute Dramaturgie, zu viel Familiendrama

Vom ersten Aufnahmelager fliehen Jan und Sarah gemeinsam mit ihrer Tochter Nora (Athena Strates) weiter, zunächst per Schlepper, danach zu Fuß. Irgendwann erreichen sie schließlich Südafrika. Nick bleibt weiter verschwunden. Im Aufnahmelager Nummer zwei angekommen, beginnt dann das Warten: Asylstatus – ja oder nein? Der Film überbrückt diese Wartezeit mit einer rebellischen Teenagerin, die ihre Eltern „scheiße“ findet, weil die nicht wollen, dass sie mit anderen Jungs Party macht und einer Familienkonstellation, in der jede*r dem*der anderen die Schuld zuschiebt. Dass Flucht Menschen in stressige Grenzsituationen bringt, lässt sich nicht abstreiten. Im Film wirkt das Familiendrama aber zu sehr nach „Fernseh-Drama-Lehrbuch“. Obwohl dadurch Emotionen hervorgerufen werden und der Spannungsaufbau gut konzipiert ist, wirken einige Dialoge und Handlungsabläufe doch sehr gekünstelt.

Die rebellische Teenagerin Nora, die nach Aufmerksamkeit ihrer Eltern lechzt, mag zwar zeigen, dass jede*r anders mit Krisensituationen umgeht und dass man nicht einfach aufhört Teenager*in zu sein, doch nehmen die Szenen einen zu großen Teil des Films ein. Aussagen von Nora wie „Wenn die [Anm. d. Red.: Gemeint sind die jetztigen Geflüchteten] nicht früher alle zu uns gekommen wären, dann hätte es in Deutschland gar keine Probleme gegeben“ sind schlicht fehl am Platz, auch wenn diese direkt von ihrer Mutter mit den Worten „Wir haben Europa schon selbst kaputt gemacht“, relativiert wird. Die reale Fluchtsituation vieler Milli-

onen Menschen weltweit wird durch die filmische Auseinandersetzung so teilweise verharmlost.

Koloniale Weltsicht begünstigt rechte Hetze

Gleichzeitig fragt man sich, warum alle Hauptdarsteller*innen auf „Fluchtseite“ weiß sein mussten und alle relevanten Personen auf der afrikanischen Seite schwarz. Wieso unterstützt die ARD mit dieser Besetzung die klassisch koloniale Weltsicht von weißen Europäer*innen und schwarzen „Anderen“? Die Intention des Films war klar: Empathie für Geflüchtete erwecken und gleichzeitig davor warnen, was uns, den Europäer*innen, oder genauer gesagt den Deutschen droht, sollte die AfD irgendwann einmal die Mehrheit im Bundestag haben.

Der Twitter-Shitstorm ließ dementsprechend nicht lange auf sich warten. „Der Film #AufbruchInsUngewisse ist eine Ansammlung all dessen, was den deutschen Film so schlecht macht. Ideologen versuchen, ihre Weltsicht in die Hirne der Zuschauer zu hämmern, Haltung ist wichtiger als Kunst“, hieß es beispielsweise von einem User. Deutlicher wurde der Twitter-User Theodoretiker mit dem Post „Hat euch der ‚Film‘ auch an die Durchhalte-Filme von 1944 erinnert? Wir schaffen das!“. Darunter ist ein Bild des Films zu sehen, mit den Worten „Wir schaffen das! Für Merkel’s Endsieg“. Von Staatsfunk ist die Rede, von Propaganda, von Beeinflussung der Fernsehzuschauer*innen. Unter dem Hashtag #AufbruchInsUngewisse finden sich aber auch solche Posts wie dieser: „Rassismus funktioniert in der linken Welt ja nur in die eine Richtung. Derweil werden in Südafrika echte Menschenjagden veranstaltet“, der sich auf Morde an weißen Farmern in Südafrika seit Ende der Apartheid 1990 bezieht. Dass die Kriminalität unter schwarzen Südafrikaner*innen sehr hoch ist, liegt mitunter aber auch daran, dass ein Großteil der schwarzen Bevölkerung immer noch viel ärmer ist als eine Minderheit der Weißen im Land. Besonders Landbesitz ist, laut Recherchen der *Süddeutschen Zeitung* aus dem Jahr 2015, hauptsächlich in weißer Hand. Südafrikanische Kriminologen äußerten zudem 2012 in der *Zeit*, dass nur zwei Prozent der sogenannten „Farmer-Morde“ rassistisch orientiert wären. Umso mehr hätte der Film diese Schwarz-Weiß-Dichotomie aufbrechen müssen.

Aber allen voran ist nicht ersichtlich, warum die ARD die Gedankenstruktur „Erst, wenn ich selbst dran bin, ist es richtig schlimm“ durch diesen Film unterstützt. Die meisten Menschen wissen wie viele tagtäglich ihr Leben riskieren, um nach Europa zu kommen und welchen Schwierigkeiten sie auf diesem Weg und im Ankunftsland ausgesetzt sind. Es ist jetzt schon schlimm, nicht erst, wenn wir, wenn die weißen Europäer*innen, in die gleiche Situation kommen sollten und auch nicht erst seit gestern. Ein ehrlicherer, realerer Film hätte eben diese Message rüberbringen sollen. Somit bleibt von dem Film lediglich ein schüchterner Warnruf zurück: Passt auf diese AfD auf, sonst geht es uns bald genauso schlecht wie „denen“. [rat]

Tanzend gegen sexualisierte Gewalt?

One Billion Rising ist eine 2012 in New York gestartete Kampagne, um auf die eine Milliarde Frauen aufmerksam zu machen, die von Gewalt betroffen sind. Jährlich am 14. Februar finden weltweit Tanzevents statt – auf der Internetseite wird die Veranstaltung als politischer Aufstand titulierte. Die Kampagne ist kontrovers: Eine Blogschau beweist, dass deren Umsetzung in Kritik gerät.

Die Kampagne ist auf die lokalen Unterstützergruppen angewiesen, in Essen ist das beispielsweise der Courage Frauenverband oder Amnesty International, die die Tanzdemonstration für den 17. Februar in der Essener Innenstadt anmeldeten. Auch im Zuge der #metoo-Debatte rückte Gewalt gegen Frauen wieder vermehrt in das öffentliche Bewusstsein. Auf den Veranstaltungen werden Kundgebungen abgehalten und eine vorher einstudierte Choreographie getanzt.

Einen Tag zuvor veröffentlichte eine Betroffene von sexualisierter Gewalt einen Blogeintrag auf den *bremer frauenseiten*, in dem sie die Kampagne ablehnt: „Ich möchte wütend sein (dürfen), weil ich wütend bin. Ich möchte nicht tanzend und lachend zu upbeat Musik ein System anprangern, das mich fast, und andere tatsächlich, das Leben gekostet hat. Meine Wut ist nicht bunt und diese Musik übertönt meine und unsere Stimme(n).“ Weiter bezweifle

sie den Informationswert der Veranstaltung. Während der Redebeiträge können strukturelle Probleme angesprochen werden. Die fraktionslose bayrische Landtagsabgeordnete Claudia Stamm sagt: „94 Prozent der verübten Verbrechen, die mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden, werden von Männern begangen.“ Und weiter: „Wer Frauen vor Gewalt schützen möchte, muss eine Debatte darüber führen, warum 94% der Täter Männer sind.“

Nicht bloß das Fehlen direkter Auswirkungen der Aktionsform Tanz wird kritisiert: Der feministische Blog *maedchenmannschaft* veröffentlichte schon 2014 fünf Gründe, die Initiatorin der Kampagne, Künstlerin Eve Ensler, nicht zu akzeptieren: Der Fokus auf das Tanzen verdrängt Formen des Aktivismus. Staatliche Gewalt und Ausbeutungsverhältnisse zwischen den Nationalstaaten fänden kein Gewicht. Das schlage sich auch in den

teilweise kolonialen Bildern der Mobilisierungsvideos nieder: schwarze Frauen laufen tatenlos durch die Wüste, während weiße Amerikanerinnen in Büros abgebildet werden. Ensel äußere sich esoterisch und stereotyp bezüglich Geschlecht. Sie forderte in einer Vorbereitungsveranstaltung zu One Billion Rising, dass „alle Anwesenden durch den Raum gehen und laut Vagina in ihrer eigenen Sprache rufen“ sollen. Teilweise esoterische Rednerinnen aus dem verschwörungstheoretischen Milieu vermerkte auch die Kölner Gruppe *about:fem* auf ihrem Blog, sowie nationalkonservative Frauen, die Sexismus als rein importiertes Konstrukt betrachten. Die Gruppe solidarisiert sich jedoch kritisch mit der Aktion: „One Billion Rising ist nach wie vor durch ein binäres und biologistisches Geschlechterverständnis geprägt.“ In ihrem Aufruf „Schluss mit sexistischer Gewalt“ wird gefordert, bei übergreifenden Situationen einzugreifen.



Wut von Betroffenen ist nicht bunt und spaßig. (Symbolbild: BRIT)

Was von One-Billion zunächst ausgelassen wird, kritisieren sie: die „geringe Aussicht auf Verurteilung der Täter, die Gefahr der Retraumatisierung für Betroffene im juristischen Prozess und der institutionelle Rassismus als Hürde“ beim Umgang von Betroffenen mit der Polizei. Obwohl die Tanzveranstaltung im Netz als empowernd bezeichnet wird und für einige Frauen ihre erste Protestaktion ist, wird diese sogar von Mitorganisatorin Nadia Shehadeh kritisiert. Auf ihrem Blog *shabidistan* heißt es: „Nicht alle potentiellen Teilnehmenden werden Ressourcen oder Zeit zum Üben haben, Zugang zur Choreographie haben, sich begeistern, geschweige denn irgendeine Art von Tanz-Moves einüben, Bock haben. Fraglich bleibe zudem, ob von Sexismus und sexualisierter Gewalt Betroffene das Tanzen als mögliche Protestform überhaupt in Betracht ziehen würden. [lys]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg), Britta Rybicki (BRITT)

V.i.S.d.P.: Mirjam Ratmann (rat)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

				2	8		
1	2						6
9		5	6	4	2		
8		6	4	7	5		
		1		9	6	4	3
		9		2	7	6	4
3						9	8
		7	8				

WOHNHEIMGESCHICHTEN

